

FDP Stadtrat Oliver Schneider
Haushaltsrede zum Haushalt 2021/2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Rapp,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Blümke und Bastin,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
hochgeschätzte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ravensburg,

Unsere Haushaltsreden der letzten Jahre waren alle durch weltpolitische oder zumindest gravierende Umstände geprägt, die sich auf die Stadt Ravensburg und somit auch auf deren Haushalt auswirken. Sei es die Inanspruchnahme der Stadt im Rahmen des Rechtsstreits „WGV“ oder die Ströme von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Wie niemals zuvor, seit Ende des 2. Weltkrieges wurde die Welt, Europa, Deutschland und somit auch die Stadt Ravensburg von einer Katastrophe heimgesucht, die alle Lebensbereiche der Gesellschaft erfasst. COVID 19 „Corona“ knebelt alles und alle, zwingt uns allerdings auch zu der längst erforderlichen Demut.

Im Hinblick darauf, dass wir uns unter Berücksichtigung der besonderen Umstände einer Sitzung im Video-Format auf verkürzte Redezeiten verständigt haben, fällt die nachfolgende Haushaltsrede in der gebotenen Kürze aus.

Zum Doppelhaushalt 2021/2022

1. Vorüberlegungen

Dem demokratisch gewählten Gemeinderat sind die Geschicke der Stadt durch die Bürgerinnen und Bürger anvertraut. Es besteht daher in vielerlei Hinsicht eine Art Treuhandverhältnis.

Ein Treuhandverhältnis liegt vor, wenn vertraglich oder kraft Gesetzes eine volle Rechtsmacht „zu treuen Händen“ vom Treugeber an den Treunehmer (Treuhandler) übertragen wird.“

2. Haushaltskonsolidierung

Haben wir dieses Treuhandverhältnis richtig ausgeübt? Ich meine, wir meinen, der Gemeinderat hätte besser agieren können.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungskommission haben wir um Kleinigkeiten gerungen, wie die Abschaffung eines Amtsblattes oder aber Territorialkämpfe um den Erhalt einer Dorfschule geführt.

Konsequente Haushaltskonsolidierung sieht unseres Erachtens anders aus. Wir hatten zuletzt Anträge zum Haushalt eingebracht, die wir aus unterschiedlichen Erwägungen zurückgenommen bzw. nicht eingebracht haben.

Gegenstand dieser Anträge und somit auch der Überlegungen waren insbesondere,

- verschiedene städtische Baumaßnahmen zurückzustellen oder aber
- Standards für Bauvorhaben der Stadt nach unten zu definieren.

Über solche Maßnahmen, die den Haushalt unseres Erachtens entlastet hätten, haben wir nicht ernsthaft debattiert. Schade!

Geplante Bauvorhaben, wie die

- Brücke über die Wangener Straße und insbesondere
- der Schussen Park

müssen fundamental überdacht werden. Wir können nicht darüber klagen, nichts zu essen zu haben und gleichzeitig mit dem Porsche durch die Gegend fahren.

Wir Kommunalpolitiker als Treuhänder müssen unser aller Klientelpolitik überdenken, um letztendlich das uns treuhänderisch anvertraute Vermögen, mithin den Haushalt bestmöglich zu erhalten.

Die Denkweise, sofern ein Vorhaben bezuschusst wird, muss man es machen, sollte ad acta gelegt werden. Auch diese Gelder, die vom Land oder Bund gewährt werden, sind durch die Bürgerinnen und Bürger erwirtschaftet worden und sind uns ebenfalls nur treuhänderisch anvertraut.

Lassen Sie uns daher dieses Jahr konsequenter kostensparende Entscheidungen treffen, um den Haushalt sukzessive zu konsolidieren.

Aus vorgenannten Gründen erachten wir daher die zur Disposition gestellte Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer als eine inhaltlich unzutreffende Maßnahme, da vermeidbar und insbesondere im Hinblick auf die Gesamtsituation in der Wirtschaft, jedoch auch in der Gesellschaft als vollkommen verfehltes Signal.

3. Klima

Die vergangenen Haushaltsreden waren regelmäßig davon geprägt, als Ziel einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie zu proklamieren.

Schön, dass uns junge Menschen nochmals daran erinnert haben! Das Engagement und der Mut der jungen Baubesetzer hat dem Grunde nach begeistert. Diesbezüglich haben wir bereits lobend erwähnt, dass die Mahnungen der Jugend durchaus Motor der Agierenden in Politik, Industrie und der ganzen Gesellschaft sein können.

Gleichwohl darf das Schlagwort des „zivilen Ungehorsams“ nicht zu einem legitimen Einfallstor werden, das Demonstrationsrecht ins Uferlose auszunutzen. Andernfalls werden Demonstrierende, die kein legitimes und von der gesamten Gesellschaft mitgetragenes Ziel verfolgen, wie das des Klimaschutzes ebensolche Rechte für sich reklamieren.

Auch sie werden darauf bauen, der Staat werde schon nicht eingreifen. So nutzte die sich „Querdenker“ nennende Gruppierung ihr grundgesetzliches Demonstrationsrecht gerade an dem Tag, an dem an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gedacht wird. Das ist schockierend!

Der Gedanke, dass diese Demonstranten ihr Demonstrationsrecht ebenfalls in einem Baumhaus ausüben und der Staat lässt gewähren, ist nicht auszuhalten.

Im Ergebnis haben unseres Erachtens die Protagonisten, Baubesetzer, Polizei und Verwaltung eine für alle tragbare Lösung gefunden.

Die Welt und somit auch das Klima ist dem Mensch ebenfalls ein nur treuhänderisch überlassenes Gut. Mit dem Klimakonsens hat die Stadt Ravensburg das ihr Mögliche getan, ihren Pflichten als Treuhänder gerecht zu werden. Gleichwohl müssen wir die Mahnungen der Jugend weiter ernst nehmen. Lassen Sie uns alle möglichen Maßnahmen durchführen und durchsetzen, die wir aus dem Klimakonsens ableiten können. Weiter

-konsequente Verbesserung des ÖPNV.

- Ausbau der Radwege und insbesondere

-Maßnahmen, die zu einer Bewusstseinsänderung der Bürgerinnen und Bürger führt.

Letzteres erscheint uns das maßgebliche zu sein.

Wir alle sind gefragt.

4. Transparenz

Wenngleich bereits im letzten Jahr angemahnt, appelliere ich nochmals ausdrücklich an die Verwaltung unser Tun in der Kommunalpolitik und somit auch den Inhalt des komplexen und komplizierten Haushaltes

- den Bürgerinnen und Bürger so transparent zu erläutern, dass er für jede und jeden nachvollziehbar ist. An der Transparenz fehlte es ganz offensichtlich auch in Bezug auf den Klimakonsens. Wie wäre sonst erklärbar, dass von den Aktivisten Dinge angemahnt werden und wurden, die längst umgesetzt sind.

Auch hier besteht erhebliches Verbesserungspotenzial.

5. Sprache

Wenn wir schon bei der Transparenz sind möchte ich uns alle dazu aufrufen, unsere in der Kommunalpolitik verwendete Sprache zu überdenken und zu überprüfen. In vielen Bereichen der Gesellschaft ist zu beobachten, dass nur noch Platzhalter verwendet werden. Diese sind leider schon in der Kommunalpolitik angekommen. Nicht jedes Projekt, über das debattiert wird ist ein

- „Leuchtturm-Projekt“ und nicht jede Entscheidung, die wir im Gemeinderat treffen ist als

- „historisch“ zu bezeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen spüren, dass wir sind wie wir sind. Wir müssen uns nicht verbiegen und uns Worthülsen anderer bedienen.

Sorge macht uns und mir auch der Umgang einiger Bürgerinnen und Bürger, die sich mit verbalen Attacken per E-Mail, jedoch auch in sozialen Medien auf die Mitglieder des Gemeinderates, jedoch insbesondere auf Personen der Verwaltung stürzen. Hierbei werden Behauptungen, ja auch Beleidigungen unter Hinweis auf scheinbar unverbrüchlich bestehende Fakten aufgestellt und geäußert. Komplexe Sachverhalte werde hierbei gemischt mit Tatsachen und bewussten Fehlinformationen dargestellt.

Dies ist unseres Erachtens eine gefährliche und die Demokratie in Gefahr bringende Entwicklung. Soziale Medien bilden eine ernst zu nehmende Dimension und Macht in unserer Gesellschaft.

Es wäre sinnvoll, sofern der Gemeinderat geschlossen gegen diese politischen Heckenschützen vorgeht. Wir müssen Haltung zeigen.

Die Demokratie auf kommunaler Ebene ist uns als Mandatsträger vertrauensvoll und treuhänderisch von den Bürgerinnen und Bürgern anvertraut.

6. Corona

Der Haushalt und damit die kommunalpolitischen Entscheidungen der Stadt Ravensburg und somit des Gemeinderats steht nicht nur unter einem, im Rahmen des Klimakonsenses vereinbarten Klimavorbehaltes, sondern insbesondere unter dem gravierenden Vorbehalt wie geht es in der Welt und in Ravensburg weiter unter dem Joch der Pandemie.

Lassen Sie uns die positiven Schlüsse dieser, uns beherrschenden Katastrophe ziehen. Lassen Sie uns

- zusammenhalten, lassen Sie uns auch

- unpopuläre Entscheidungen gemeinsam treffen, die zu einer Entlastung unseres Haushaltes führen.

Wir kennen alle die Zukunft nicht. Wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt gekommen, lieb gewonnenes über Bord zu werfen, fundamentale Entscheidungen zu treffen, die zu einer Entlastung des Haushaltes führen.

Wir dürfen nicht mehr länger mit „Wünscht Dir was“ agieren, sondern sollten das uns übertragene Treuhandmandat als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nutzen, das Vermögen der Stadt zu erhalten.

In diesem Sinne schließe ich. Mein Fraktionskollege, Markus Waidmann und ich freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger können versichert sein, wir bemühen uns nach besten Kräften, das in uns gesteckte Vertrauen zum Wohle der Stadt und letztlich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen unseres Ehrenamtes zu erfüllen.

Bleiben sie alle gesund! Gottes Segen möge sie begleiten.

Oliver Schneider

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Stadtrat der Stadt Ravensburg